

## **BUND: Risiken ausschalten – Atomkraftwerke abschalten**

**Auch 23 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl ist ein Unfall mit ähnlich verheerenden Folgen in deutschen Atomkraftwerken jederzeit möglich.**

In der Nacht vom 25. auf den 26. April 1986 explodierte das Atomkraftwerk Tschernobyl. Bei dem größtmöglichen atomaren Unfall (Super-GAU) wurden circa neun Millionen Menschen verstrahlt. Die freigesetzte Radioaktivität machte riesige Gebiete in Weißrussland, Russland und in der Ukraine unbewohnbar. Auch in Deutschland erkrankten und starben zahlreiche Menschen an den radioaktiven Teilchen, die sie mit Nahrung und Atemluft aufgenommen hatten.

Heute, fast ein Vierteljahrhundert nach diesem Unglück, leiden noch immer Millionen Menschen in der Ukraine und Weißrussland unter den Folgen der Verstrahlung. Weite Landstriche sind noch immer unbewohnbar, an Ackerbau ist nicht zu denken und für viele Generationen wird hier kein normales Leben möglich sein.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat auf tragische Weise gezeigt: Atomkraft ist nicht beherrschbar!

Das haben auch die brenzligen Situationen in deutschen und europäischen Atomkraftwerken in den letzten Jahren wieder bewiesen. Ein Brand in einem Transformator im AKW-Krümmel führte im Juni 2007 dazu, dass das AKW sofort abgeschaltet werden musste und bis heute nicht wieder ans Netz ging. Erst einige Tage nach dem Unglück wurde bekannt, dass es durch unplanmäßiges Öffnen von zwei Sicherheits- und Entlastungsventilen und durch den unplanmäßigen Ausfall einer von mehreren Reaktorspeisewasserpumpen zu einem schnellen Druck- und Füllstandsabfall im Reaktordruckbehälter gekommen war.

Ein weiteres Beispiel war ein Kurzschluss im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark im Juli 2006. Da nur zwei von vier Notstromaggregaten ansprangen, funktionierte die Kontrollanlage nicht. Es dauerte 20 Minuten bis die Belegschaft die Steuerung manuell in den Griff bekam. Bis dahin war der Atommeiler „blind“ gesteuert worden.

Mit viel Glück sind diese und ähnliche Störfälle glimpflich verlaufen und weitere schwere Unfälle ausgeblieben. Doch wenn die Sicherheit vom Glück abhängt und die Risiken der Atomkraft nicht kontrollierbar sind, dann ist nur eine Schlussfolgerung möglich: Abschalten!

Die Atomlobby versucht jedoch mit allen Mitteln die Aufgabe dieser Risikotechnologie zu verhindern und eine Renaissance der Atomenergienutzung zu erzwingen. Gemäß dem Atomkonsens müssen in den nächsten Monaten die ältesten und gefährlichsten deutschen Atomkraftwerke vom Netz gehen. Atomkonzerne wie EnBW, RWE, EON und Vattenfall wollen in Deutschland noch längere Laufzeiten für ihre längst abgeschriebenen AKWs durchsetzen – und im europäischen Ausland sogar neue Atomkraftwerke bauen. Sie begründen dies mit den Schlagworten Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Arbeitsplätzen und günstigem Strom.

Doch in Wahrheit wollen sie möglichst lange hohe Profite erzielen. Denn:

- Atomkraftwerke tragen nicht zum Klimaschutz bei.
- Atomkraftwerke bieten nur wenige Arbeitsplätze.
- Atomkraftwerke produzieren hochgiftigen radioaktiven Abfall.
- Atomkraftwerke erzeugen keinen billigen Strom. Sie verursachen hohe Folgekosten, die die Allgemeinheit tragen muss.
- Atomkraftwerke werden für die Versorgungssicherheit nicht benötigt.
- Atomkraftwerke blockieren den Ausbau der erneuerbaren Energien durch die Erzeugung einer Überproduktion.

Atomkraftwerke sind überflüssig – es gibt Alternativen, die ausreichend sauberen, klimafreundlichen Strom produzieren können. Eine zukunftsfähige Energieversorgung basiert auf erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung. Im Bereich der erneuerbaren Energien sind schon heute siebenmal mehr Menschen beschäftigt als in der Atomwirtschaft. Diese Fakten werden von CDU und FDP ignoriert, die sich für Laufzeitverlängerungen und letztere sogar für den Neubau von Atomreaktoren aussprechen. Eine solche schwarz-gelbe Energiepolitik ist hochriskant und nicht zukunftsfähig.

Der Jahrestag der Tschernobylkatastrophe ist eine Mahnung an alle. Die Wiederholung eines solchen Unfalls ist nicht auszuschließen – auch in keinem der 17 deutschen Reaktoren. Der BUND fordert die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik und den Atomkonzernen deshalb auf, alle Atomkraftwerke abzuschalten. Das Festhalten am bestehenden Atomkonsens ist der Minimalkompromiss, der auch nach der Bundestagswahl nicht aufgeweicht werden darf. Der BUND wird alle Bundestagswahlkandidatinnen und -kandidaten zu ihrem Standpunkt bezüglich Laufzeitverlängerung und Atompolitik befragen und die Ergebnisse öffentlich machen.

Der BUND fordert alle auf, jetzt zum Ökostrom zu wechseln. Mit dem BUND-Regionalstrom bietet der BUND schon jetzt die Handlungsoption für alle, die ihren persönlichen Atomausstieg machen wollen. Wechseln Sie jetzt und überzeugen Sie ihre FreundInnen und Nachbarn dies auch zu tun. Jedes persönliche Bekenntnis zum Atomausstieg ist ein Signal an die Energieversorger – wir wollen keinen Strom aus Atomkraftwerken.

Wichtig ist, diese Forderungen auch öffentlich zu machen. In diesem Jahr sind verschiedene Demonstrationen gegen die weitere Atomenergienutzung geplant. Je mehr Menschen sich für diese Forderungen stark machen, desto mehr Gehör werden diese auch bei den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern finden. Deshalb: Mitmachen, Mobilisieren, Demonstrieren und öffentlich zeigen und sagen – Atomenergie: Nein Danke!

Auch wegen Tschernobyl.

Resolution der BUND – Landesdelegiertenversammlung am 26.04.2009  
Einstimmig beschlossen